Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 3: Materialien zur "Schweiz ohne Armee"

Artikel: Thesen zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340716

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Thesen zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik

I. Grundsätze

Sozialdemokratische *Sicherheitspolitik* dient dem Frieden und hält Wege für die politische Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft offen. Das Überleben der Menschheit zu sichern, die Freiheit zur politischen Selbstbestimmung zu wahren und eine gerechte Gesellschaftsordnung zu entwickeln, sind Kernelemente sozialdemokratischer Politik.

Ziel sozialdemokratischer Friedenspolitik ist eine politische Weltordnung, die sich auf vereinbarte Verfahren der gewaltfreien Regelung von Konflikten gründet und Krieg als Mittel der Politik ausschliesst. *Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik* ist es, den Einsatz von militärischen Gewaltmitteln zu verhindern, solange diese nicht beseitigt sind. Wir können Frieden nur schaffen, wenn wir *gemeinsam Frieden stiften.* Ein wirksames und dauerhaftes System internationaler Sicherheit umfasst nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Bereich. Frieden ist für uns nicht nur das Schweigen der Waffen, sondern auch das *Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung.* Frieden ist für uns auch der *Frieden mit der Natur.*

II. Für eine gemeinsame Strategie des Überlebens

Wir leben in einer weltgeschichtlich neuen Situation. Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellose Alternative verlangt ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Veraltete sicherheits- und militärpolitische Denkschemen müssen deshalb über Bord geworfen werden. In diese Richtung weisen die nachstehenden Grundsätze und Thesen, wie sie in den letzten Jahren Eingang in friedens- und sicherheitspolitischen Überlegungen und Konzepte westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien gefunden haben.

Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Die Politik der militärischen Abschreckung hat in eine Sackgasse geführt. Sie will Sicherheit jeweils einseitig gegenüber den anderen durch Rüstung herstellen. Abschreckung – ursprünglich zur Kriegsverhinderung gedacht – wird in ihrer modernen Ausprägung mit dem Zwang zur schnellen Reaktion die Beherrschbarkeit von Krisensituationen erschwert.

Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen davon aus, dass Sicherheit heute und in Zukunft nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander möglich ist. Gemeinsame Sicherheit geht von der Erkenntnis aus, dass nicht nur die ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen grenzüberschreitend wirken.

Jeder Staat muss im eigenen Interesse Mitverantwortung für die Sicherheit der anderen Staaten übernehmen. Dies verlangt radikales Umdenken, den Bruch mit uralten Denk- und Verhaltensweisen: In dem Bewusstsein, dass es keinen absolut sicheren Weg zu einem dauerhaften Frieden gibt, müssen wir der Risikobereitschaft zum Krieg die Risikobereitschaft zum Frieden vorziehen. Nur blockübergreifend organisierte Sicherheit bietet einen Ausweg aus der bisherigen Logik der Abschreckung. Es gilt, die Dynamik der Aufrüstung zu brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang zu setzen. Waffen und Streitkräfte sind so umzugestalten, dass sie zur Abwehr und nicht zum Angriff fähig sind. Das Ziel der militärischen Sicherheitspolitik ist die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit.

Für eine europäische Friedensordnung

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, dessen Ziel eine europäische Friedensordnung und die Überwindung des Systems der wechselseitigen Abschreckung ist, gewinnt in Ost und West zunehmend an Unterstützung. Durch den historischen Vertrag zur weltweiten Beseitigung aller landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen hat der Abrüstungsprozess neuen Schwung erhalten. Jetzt kommt es darauf an, diesem Prozess zusätzliche Dynamik zu geben, ihn durch weitere Abrüstungsschritte im konventionellen, nuklearen und chemischen Bereich unumkehrbar zu machen und in Europa einen Zustand des gesicherten Friedens durch strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Streitkräfte in Ost und West zu schaffen.

Die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ist dabei nicht nur ein mi-

litärisches Merkmal. Vielmehr erfordert dieses Konzept ein gesellschaftliches und politisches Klima, das nicht von Feindbildern, irrationalen Bedrohungsvorschlägen und der Tendenz zu gewaltsamen Konfliktlösungen geprägt ist.

KSZE als Forum der europäischen Friedenspolitik

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) soll das Forum für die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung im Geiste der Schlussakte von Helsinki und im Sinne des von der Wiener Konferenz im Januar 1989 verabschiedeten Schlussdokuments sein. Der KSZE-Prozess für ein friedliches und sicheres Europa ist weiter voranzutreiben und zu institutionalisieren. Ziel dieses europäischen friedens- und sicherheitspolitischen Prozesses muss sein:
- die Sicherung des Friedens in Europa durch die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses zu einem System kollektiver Sicherheit;
- der wirksame Beitrag Europas zur Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes;
- die umfassende Verwirklichung der individuellen und kollektiven Menschenrechte;
- die Sicherung des Überlebens durch umfassenden Schutz der Umwelt.

Weltweiter Frieden durch soziale Gerechtigkeit

Der Reichtum der Industriestaaten beruht nach wie vor wesentlich auf der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. Dieses Nord-Süd-Gefälle hat sich in den letzten Jahrzehnten – trotz Anstrengungen internationaler und nationaler Institutionen – weiter verschärft. Die heutige Weltwirtschaftsstruktur ist noch immer von ungleichen und diskriminierenden Wirtschafts- und Austauschbeziehungen geprägt, welche die Lage der Dritten Welt weiter verschlechtern. In der Verelendung der Länder der Dritten Welt liegt das grösste Hindernis für einen dauerhaften Weltfrieden. Die Armut des Südens ist zudem eine der wichtigsten Ursachen der globalen ökologischen Krise.
Es liegt schon allein im Eigeninteresse der Industriestaaten, den Reichtum in der Welt gerecht zu verteilen und den Völkern des Südens eine dauerhafte politisch, wirtschaftlich und sozial gerechte Entwicklung zu ermöglichen. Dazu ist es unabdingbar, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die auf gleichen und gleichberechtigten Wirtschafts- und Austauschbeziehungen beruht. Die Industrieländer müssen zudem zur Lösung der Verschuldenskrise Hand bieten durch Verzicht auf öffentliche und private Forderungen sowie durch Anpassung des Schuldendienstes an die langfristige innere Leistungsfähigkeit und äussere Transferfähigkeit der Schuldnerländer.
Zur Unterstützung der Länder der Dritten Welt müssen die Industrieländer durch die Verminderung der Rüstungsausgaben umfangreiche Mittel freimachen für ein Programm, mit dem die dringlichen Aufgaben in den bedürftigsten Ländern angepackt werden können.

III. Die Schweiz darf nicht abseits stehen

Die Schweiz darf in diesem europäischen und weltweiten Prozess nicht abseits stehen. Sie muss ihrerseits konkrete Beiträge und Schritte zur Entwicklung der gemeinsamen Sicherheit als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt leisten. Dem europäischen Friedensprozess darf und kann sich auch die schweizerische Sicherheits- und Militärpolitik nicht entziehen. Eine grundsätzliche Überprüfung der schweizerischen Sicherheitspolitik drängt sich auf. Gefordert sind von der Schweiz unter anderem:

1. *Ein stärkeres friedenspolitisches Engagement der Schweiz im europäischen Prozess,* insbesondere im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Als neutraler Staat kann die Schweiz zusammen mit den anderen Neutralen eine besonders aktive Rolle zur Förderung des Ost-West-Dialogs und der blocküberschreitenden Zusammenarbeit, im Zusammenhang mit vertrauensbildenden Massnahmen, sowie bei der Ausarbeitung von Abkommen zur Rüstungsbegrenzung sowie zur Schaffung von kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zonen in Europa spielen.
2. *Die Aktivierung der schweizerischen Friedenspolitik durch Schaffung eines Instituts für Friedens- und Konfliktforschung.* Als neutrales Land hat die Schweiz eine besondere Verpflichtung und zugleich eine besondere Chance, innerhalb und ausserhalb der KSZE einen aktiven Beitrag in den Bemühungen zur Abrüstung, zum Abbau gewaltsamer Auseinandersetzungen, zum Aufbau der gemeinsamen Sicherheit und zur gewaltfreien Konfliktbewältigung zu leisten. Im Rahmen einer grundsätzlichen Überprüfung der schweizerischen Sicherheitspolitik soll die schweizerische Friedensforschung auch neue Konzepte und Formen der Verteidigung (Konzept der sozialen Verteidigung usw.) entwikkeln.
3. *Begrenzung der Militär- und Rüstungsausgaben.* Die Militär- und Rüstungsausgaben der Schweiz haben sich am veränderten Bedrohungsbild und am Abrüstungsprozess im konventionellen, atomaren und chemischen Bereich zu orientieren. Staatliche Ressourcen müssen statt dessen vermehrt im Bereich der ökologischen Risiken, in der Entwicklungspolitik und im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eingesetzt werden.